

HEINZ HILLEBRAND, AXEL TROOST

Demokratischer Sozialismus – Metamorphose eines Begriffs

Der Demokratische Sozialismus, genauer die Verankerung dieses Begriffes in der Programmatik, ist einer der strittigsten Punkte der inhaltlichen Diskussion der neuen linken Partei. Vor allem in der Linkspartei.PDS macht sich eine große Koalition mit unterschiedlichsten politischen Ansätzen, für die Namen wie Sahra Wagenknecht, Petra Pau oder Katja Kipping stehen, für den Demokratischen Sozialismus stark. Eine neu gegründete Strömung mit starker Verankerung in der Berliner Linkspartei.PDS nennt sich Forum Demokratischer Sozialismus. Die Motivationen der Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG, die für diese Position stehen, sind unterschiedlich. Einige wollen damit die Kontinuität der PDS sichern, nachdem man schon im Parteinamen auf das „DS“ verzichten musste, andere sehen in der programmatischen Verankerung dieser Forderung die Möglichkeit, einer angeblichen „Rechtsentwicklung“ der neuen Partei entgegenzuwirken, wieder andere benutzen den Begriff als Abgrenzung gegenüber der WASG. Sicher gibt es noch zahlreiche andere Motive, es fällt allerdings auf, dass in der Diskussion der Begriff Demokratischer Sozialismus kaum mit Inhalt gefüllt wird. Dabei verbinden seine BefürworterInnen mit dem Begriff ganz unterschiedliche Vorstellungen.

Wir wollen mit diesem Artikel der Geschichte des Begriffes Demokratischer Sozialismus auf die Spur gehen. Dabei sind wir mit den üblichen Problemen der Eigen- und Fremdbezeichnung konfrontiert, trotzdem sind die Veränderungen des Begriffes deutlich. Der Artikel versucht Grundlinien aufzuzeigen und kann in der Kürze leider nicht auf alle Aspekte des Themas eingehen. So fehlt die Reaktion anderer politischer Kräfte, sowohl der Konservativen als auch der Kommunisten¹ auf den Begriff des Demokratischen Sozialismus. Bei vielen Themen musste knapp argumentiert werden, wo viel zu sagen wäre. Wir glauben dennoch, dass die wesentlichen Entwicklungen des Begriffes nachvoll-

zogen werden können. Unsere These: Der Begriff eignet und eignet sich gut für die politische Auseinandersetzung, eine einheitliche Begriffsdefinition ist allerdings schwer zu finden.

Die Notwendigkeit der Kreation eines solchen Begriffes ergab sich aus der Tatsache bzw. der Einschätzung, dass Demokratie und Sozialismus auseinandergefallen waren, denn Demokratischer Sozialismus bedeutet ja auch immer, dass es einen undemokratischen Sozialismus gibt, oder die Auffassung existiert, dass es ihn gebe. In der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts waren Demokratie und Sozialismus noch nicht getrennt.

Sozialdemokratie im Kaiserreich – Demokratie und Sozialismus bilden eine Einheit

Die Verbindung von Sozialismus und Demokratie war für die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich eine Selbstverständlichkeit. Sie kommt zum Beispiel in einer Äußerung von Wilhelm Liebknecht aus dem Jahre 1869 zum Ausdruck: *„Die Frage, welche Stellung hat die Sozialdemokratie im politischen Kampfe einzunehmen? beantwortet sich leicht und sicher, wenn wir uns über die Untrennbarkeit von Sozialismus und Demokratie klar geworden sind. Sozialismus und Demokratie sind nicht dasselbe, aber sie sind nur ein verschiedener Ausdruck desselben Grundgedankens; sie gehören zueinander, ergänzen einander, können nie miteinander in Widerspruch stehen. Der Sozialismus ohne Demokratie ist Aftersozialismus, wie die Demokratie ohne Sozialismus Afterdemokratie. Der demokratische Staat ist die einzig mögliche Form der sozialistisch organisierten Gesellschaft.“*² Die Unterscheidung zu bürgerlich/libe-

¹ Die ihn als Reformismus, Revisionismus und in einigen Veröffentlichungen aus den realsozialistischen Ländern auch als besonders gefährliche Form des Anti-Kommunismus bezeichneten.

² Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Vortrag von Wilhelm Liebknecht in einer öffentlichen Versammlung des demokratischen Arbeitervereins Berlin am 31. Mai 1869. Berlin 1893. Eine ähnliche Äuße-

ralen Demokratieauffassungen war zwar gegeben, aber es gab keine Theoriebildung über die Auffassungen von Demokratie in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft. Auch die theoretischen Autoritäten der Sozialdemokratie, Karl Marx und Friedrich Engels, äußerten sich je nach politischer Notwendigkeit zur Demokratie, entwickelten aber keine systematische Theorie. Der Begriff der Diktatur des Proletariats kann nicht als Beleg für eine antidemokratische Einstellung von Marx und Engels herhalten. Für sie war jeder Staat die Diktatur der herrschenden Klasse. Damit war aber die reale ökonomische und politische Macht gemeint und nicht ein Terrorregime. Dass der Staat des Kaiserreichs mit seinem Dreiklassenwahlrecht (für Männer) keine Demokratie war, ist augenscheinlich und dass er kaum anders als revolutionär zu verändern war auch. Die Monarchie wurde ja tatsächlich erst durch die Novemberrevolution beseitigt. Erst in der Theorieprägung der sog. Marx-Orthodoxie der II. Internationale durch Karl Kautsky und später unter Lenin trat eine stärkere Differenzierung zwischen den Begriffen der Diktatur des Proletariats und der Demokratie hervor, traten diese beiden Begriffe auseinander.

Revisionismusstreit – Beginn der Differenzierung

Die ersten Differenzierungsprozesse traten im sog. Revisionismusstreit im Jahr 1899 hervor, deren Hauptkontrahenten Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg waren. In diesem Streit und vor allem später in der Kontroverse zwischen Lenin und Kautsky nach der Oktoberrevolution traten die Kernpunkte der Auseinandersetzung hervor. Mit welchen Mitteln ist der Kapitalismus zu überwinden, durch revolutionären Bruch oder durch Transformation? Was ist sozialistische Demokratie, was bedeutet Diktatur des Proletariats? Die Debatte betraf somit den Weg und das Ziel der Arbeiterbewegung. Eduard Bernstein formulierte: „Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.“³ Rosa Luxemburg schied „den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie“.⁴ Die Revisionismusdebatte hatte verschiedene Wurzeln: Nach dem Ende des Sozialistengesetzes gedieh die Sozialdemokratie unter legalen Bedingungen, 50 Jahre nach dem Kommunistischen Manifest war der Sozialismus nicht in Sicht. Es ging um

rung gibt es von August Bebel: „Sozialismus ohne Demokratie wird Kasernen- und Parteisozialismus; Demokratie ohne Sozialismus ist Manchesterium.“

3 Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Bonn 1973, S. 178.

4 Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke Bd. 4 S. 363.

den künftigen Kurs der Sozialdemokratie. Es entwickelten sich starke Tendenzen, sich im bestehenden System einzurichten, was den entschiedenen Widerstand der Linken erzeugte. Dies rief auch die Debatte über Demokratie hervor.

Weimarer Republik – Demokratischer Sozialismus als Scheidelinie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten

Das Versagen der europäischen Sozialdemokratie in der Kriegsfrage führte zur internationalen Spaltung der Arbeiterbewegung. Nach der Oktoberrevolution entstanden überall auf der Welt kommunistische Parteien. Die Oktoberrevolution, die den Systemgegensatz begründete, der das 20. Jahrhundert in Atem hielt, wurde einerseits begeistert begrüßt, auf der anderen Seite gab es schon früh Kritik an der jungen Sowjetunion. Aus den Gefängnis heraus kritisierte Rosa Luxemburg, die der Oktoberrevolution positiv gegenüberstand, Tendenzen der Entdemokratisierung in der Sowjetunion. In ihrer Schrift „Zur Russischen Revolution“, die auch das berühmte Zitat von der Freiheit des Andersdenken enthält, formuliert sie: „*Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats. (...) [Diese] Diktatur muß das Werk der Klasse, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen*“. Während Rosa Luxemburg den Begriff der Diktatur des Proletariats mit sozialistischer Demokratie gleichsetzt, kommt es zwischen Karl Kautsky, dem früheren anerkannten Theoretiker der II. Internationale, der zu dieser Zeit USPD-Mitglied war, und Lenin zu einer Kontroverse. Kautsky kritisiert in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats“ (1918) die Oktoberrevolution vehement, Lenin antwortet prompt mit „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“. Kautsky,

der frühere Verfechter der Diktatur des Proletariats, tritt nun für eine „reine Demokratie“ ein. Rosa Luxemburg kritisiert beide Positionen.⁵ Kautskys Positionen in der Kontroverse mit Lenin wie „*Kein Sozialismus ohne Demokratie*“, waren sicherlich Geburtshelfer für die Kreation des Begriffes Demokratischer Sozialismus, vehement vertreten hat ihn jedoch die Mehrheitssozialdemokratie, zu der Kautsky erst später zurückkehrte.

Die SPD nutzte diesen Begriff offensiv zur Abgrenzung von der Sowjetunion und den Kommunisten. Der 10. Kongress der Sozialisten- und Arbeiterinternationale formulierte in einer Resolution, der Sozialismus könne „*seine Aufgabe nicht in der Unterdrückung der Demokratie suchen; seine historische Aufgabe ist vielmehr, diese Demokratie zur völligen Entwicklung zu bringen*“. Deutlicher wurde in einem Manifest an die Arbeiter ausgedrückt, sie führe den Kampf „für die Weltanschauung des Demokratischen Sozialismus gegen die Sklaverei des Kapitalismus auf der einen, die tyrannische Diktatur des Bolschewismus auf der anderen Seite.“ Auf dem Görlitzer Parteitag nahm Friedrich Stampfer für die SPD in Anspruch, Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet zu haben, „*weil wir in Deutschland politisch erzogene demokratische Sozialisten hatten, die den Bolschewismus ablehnten*.“⁶ Als theoretischer Bestandteil des demokratischen Sozialismus kann auch das Konzept der Wirtschaftsdemokratie angesehen werden, das von Fritz Naphtali entwickelt wurde.

Linke Sozialdemokraten, wie der Austromarxist Otto Bauer, nahmen eine Vermittlerposition zwischen Diktatur des Proletariats und Demokratie, zwischen Bolschewismus⁷ und Demokratischem Sozialismus ein. Seinen Ausdruck findet eine solche Position im Linzer Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokraten, in dem einerseits betont wird, dass ein sozialistisch regierter Staat zutiefst demokratisch sei, weil „*die Bewahrung der vollen demokratischen Freiheiten vor allem das Proletariat selber davor schützt, dass eine Herrschaft, die in seinem Namen ausgeübt wird, zu einer Herrschaft über das Proletariat werde*.“ Auf der anderen Seite wird eine reagierende Gewaltanwendung

auf einen gewaltsamen Widerstand der Bourgeoisie nicht ausgeschlossen, um „*den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen*“. Die SAP, die sich von der SPD abgespalten hatte (ihr gehörten bedeutende Nachkriegspolitiker und Gewerkschafter wie Willy Brandt und Otto Brenner an), wandte sich vom Begriff des Demokratischen Sozialismus ab. Angesichts der Brüning'schen Notverordnungen und dem bevorstehenden Untergang der Weimarer Republik formulierte die Partei, „*dass die Arbeiterklasse mit den Mitteln der Demokratie und des Parlamentarismus weder zur Macht kommen noch den Sozialismus verwirklichen kann*.“⁸

Jahre des Faschismus und des Exils

Auch wenn der Begriff Demokratischer Sozialismus in Dokumenten und Programmen der SPD bereits in den zwanziger Jahren eine Rolle spielte, vor allem als Distanzierungsbegriff vom Bolschewismus, in der praktischen Politik spielte er noch keine große Rolle, man propagierte auch in der SPD „den Sozialismus“. Im Exil behielt auch Otto Bauer seine Vermittlerposition bei. Man dürfe „*Demokratie und Diktatur des Proletariats nichts als unvereinbare Gegensätze einander entgegenstellen. Die Diktatur des Proletariats ist nichts anderes als eine vom Proletariat eroberte Staatsmacht, die stark und dauerhaft genug ist, die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische zu vollziehen. Welche Formen eine solche Staatsmacht annehmen wird, wird von den geschichtlichen Umständen abhängen*.“⁹

Im Gegensatz zu den österreichischen Sozialisten und linkssozialistischen Gruppen (denen er selbst damals angehörte), die versuchten den Faschismus durch eine Klassenanalyse zu begreifen, so Willy Brandt, habe der SPD-Exilvorstand vor allem das Prinzip der Freiheit dem der NS-Diktatur entgegengehalten. Zwar habe das Prager Manifest der SPD aus dem Jahre 1934 noch eine Verbindung zu den linkssozialistischen Gruppen gesucht, aber die spätere Entwicklung habe den Freiheitsbegriff zentral jeder Diktatur, auch der in der Sowjetunion entgegenstellt.¹⁰ Entscheidend für die Einführung des Begriffs Demokratischer Sozialismus als gesellschaftliche Zielvorstellung der Sozialdemokraten seien weniger die stalinistischen Säuberungen und Schauprozesse der Jahre 1936-1938 gewesen¹¹, sondern vielmehr der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt aus

5 Ebenfalls in „Zur russischen Revolution“ formuliert sie: „Diktatur oder Demokratie heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für bürgerliche Diktatur.“(8) „Alle drei – Lenin, Trotzki und Kautsky – sind nach dieser Darstellung gleichweit von der wirklichen sozialistischen Politik entfernt.“

6 Protokoll des Görlitzer Parteitags der SPD, S. 305

7 In der alten Bundesrepublik ist Bolschewismus oftmals als Schimpfwort gebraucht worden, es sei hier nur am Rande vermerkt, dass hier Bolschewismus in keiner Weise abwertende Konnotationen besitzt, sondern als die Selbstbezeichnung der russischen Kommunisten gebraucht wird

8 Paul Fröhlich lt. H. Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim/Glan 1965, S. 223

9 Otto Bauer, Werkausgabe. Wien 1975-1990, Bd. 4 S. 210 f

10 Willy Brandt: Demokratischer Sozialismus in: Lexikon des Sozialismus. Bonn 1982, S. 121

11 Das konkrete Ausmaß des Terrors war in breiten Kreisen der Arbeiterbewegung damals noch nicht bekannt

dem Jahr 1939 und die Haltung der kommunistischen Parteien hierzu. Erst jetzt sei, so Brandt, „ein gemeinsam verankertes Bewusstsein traditioneller Sozialdemokraten und radikaler Linkssozialisten gegenüber einem despotischen Kommunismus“¹² entstanden. Deshalb habe Kurt Schumacher bereits bei seiner ersten größeren Rede am 6. Mai 1945 in Hannover selbstverständlich von den Mitgliedern der SPD als den demokratischen Sozialisten sprechen können.

Nachkriegszeit – Demokratischer Sozialismus als ideologischer Kampfbegriff in der Systemauseinandersetzung

Die unmittelbare Nachkriegszeit schien für eine kurze Zeit die Annäherung der beiden Arbeiterparteien zu ermöglichen. Aus der bitteren Erfahrung des Faschismus, der von der größte Arbeiterbewegung der Welt nicht verhindert wurde, und auch der gemeinsamen Haft in Konzentrationslagern und Zuchthäusern entstand die Bereitschaft, wieder aufeinander zuzugehen. Diese Stimmung hielt jedoch nicht lange an. Der beginnende Kalte Krieg führte auch zur Verhärtung der Blöcke der Arbeiterbewegung. In der Erklärung der Sozialistischen Internationale „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ aus dem Jahre 1951 wird formuliert: „Seit der bolschewistischen Revolution in Russland hat der Kommunismus die internationale Arbeiterbewegung gespalten und dadurch die Verwirklichung des Sozialismus in vielen Ländern um Jahrzehnte zurück-geworfen. [...] Der internationale Kommunismus ist das Instrument eines neuen Imperialismus. Wo immer er zur Macht gekommen ist, hat er die Freiheit ausgerottet oder die Möglichkeit, sie zu erringen, vernichtet. Er stützt sich auf eine militärische Bürokratie und eine terroristische Polizei. Er hat eine neue Klassengesellschaft mit aufreizenden Gegensätzen in Besitz und Vorrecht erzeugt. Zwangsarbeit ist ein wichtiger Faktor in seiner Wirtschaft.“ Die Erfahrungen mit dem Stalinismus haben bei dieser Erklärung sicherlich Pate gestanden, sie atmet aber auch den Geist des Kalten Krieges. Weiter formuliert die Erklärung: „Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.“

Die Sozialistische Internationale bekennt sich in ihrer Erklärung zu einem Begründungspluralismus für den Demokratischen Sozialismus, den Kurt Schumacher 1946 so formulierte: „Wir müssen als Deutsche erkennen, daß man Sozialist und Demokrat sein kann sowohl

aus diesen Methoden der ökonomischen Analyse als auch aus den Erkenntnissen etwa einer rationalen Philosophie oder aus moralischen und ethischen Gründen oder aus dem Geist der Bergpredigt hinaus.“¹³ Beinhaltete der Begründungspluralismus des Demokratischen Sozialismus der Sozialistischen Internationale oder bei Schumacher noch den Marxismus, so ist dies beim 1959 verabschiedeten Godesberger Programm anders.

Godesberger Programm: Gekürzter Begründungspluralismus für den Demokratischen Sozialismus

In der Weimarer Republik wurde der Demokratische Sozialismus von der SPD noch marxistisch begründet. In der Zeit nach 1945 wurde eine Begründungsvielfalt eingeführt. Im Godesberger Programm von 1959 wurde die marxistische Begründung unter dem großen Einfluss des ethischen Sozialisten und Cheftheoretikers der SPD Willi Eichler weggelassen. Neben der Stimmung des Kalten Kriegs war sicherlich ein weiteres Motiv, die SPD aus dem 30-Prozent-Ghetto herauszuführen, wenn im Godesberger Programm formuliert wird: „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen der Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“¹⁴ Das Godesberger Programm, nicht nur im Verständnis vieler linker Sozialdemokraten eine Rechtswende, sollte demonstrieren, dass die SPD in der Gesellschaft der Bundesrepublik angekommen war. Neben einem Zugehen auf die Kirchen enthielt es auch ein Bekenntnis zur Landesverteidigung. In der Folgezeit gab es dann, so Brandt etwas euphemistisch, „Tendenzen, gesellschaftspolitische Mäßigung besonders stark zu betonen, um Zweifeln an der demokratischen Zuverlässigkeit den Boden zu entziehen. In der öffentlichen Selbstdarstellung der Partei wurde damals häufig statt des Begriffs D.S. die unverfänglichere, dabei nicht gegensätzliche Formulierung ‚soziale Demokratie‘ verwendet.“¹⁵ Der gesellschaftliche Mief des Kalten Krieges ist ein gutes Beispiel, wie gesellschaftliche Bedingungen auch den Begriff des Demokratischen Sozialismus prägen, seinen Inhalt wie seine Verwendung. Gerade die SPD war immer anfällig

13 Schumacher, Kurt, in: Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Berlin 1954, Bd. II, S. 308

14 Godesberger Programm der SPD von 1959

15 Brandt: Demokratischer Sozialismus S. 121

12 Brandt: Demokratischer Sozialismus, S. 21

für gesellschaftlichen Druck, ihr ist, u.E. vollkommen zutreffend, oft vorgeworfen worden, dass sie Grundsatzzfragen mit tagespolitischen Anforderungen verwechselte. In der Folgezeit erfuhr der Begriff Demokratischer Sozialismus einen weiteren Bedeutungswandel, denn ab 1967 veränderte sich das politische Klima der alten Bundesrepublik schlagartig.

Der Aufbruch nach 1968 und die SPD

Die Studentenbewegung und die gesellschaftliche Aufbruchstimmung nach 1968 hatten starke Auswirkungen auf die SPD. Zumal sie sich mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ zu einem der Protagonisten des gesellschaftlichen Umbruchs machte. Die Partei wirkte zunehmend attraktiv auch auf linke Intellektuelle, die versuchten, ihre gesellschaftlichen Vorstellungen mit dieser Partei durchzusetzen. Angriffe der CDU/CSU und der Springer-Presse, die den Begriff der Freiheit gegen den des Sozialismus stellten, parierte die SPD offensiv. In Zeitungen wurden großformatige Anzeigen geschaltet mit dem Titel „Erfolg von 109 Jahren Demokratischem Sozialismus“. Eine Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus wurde gegründet, zahlreiche Publikationen beschäftigten sich mit dem Thema.¹⁶ Prominente Sozialdemokraten wie Erhard Eppler und Horst Ehmke äußerten sich zu Fragen des Demokratischen Sozialismus. Helmut Schmidt bejahte im NDR die Frage, ob ein „demokratischer Marxismus“ in der Sozialdemokratie Platz habe. Die plötzliche „Linkswende“ der SPD hatte natürlich auch damit zu tun, dass es Konkurrenz von links gab, z.B. ab 1968 mit der DKP wieder eine legale kommunistische Partei. Der Umgang mit anderen Linken, speziell die Berufsverbotepraxis, führte aber auch dazu, dass sich ein ebenfalls nicht unerheblicher Teil linker Intellektueller und Gewerkschafter von der SPD abwandten. Der Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein führte zu einer erneuten Programm- und Theoriediskussion in der SPD. Auf dem Hannoveraner Parteitag 1973 ging Willy Brandt auf diese Diskussion ein: *„Ich möchte jetzt einige Bemerkungen zur Theorie-Diskussion machen und erinnere zunächst noch einmal daran, dass wir es abgelehnt haben und, wie ich annehme, weiterhin ablehnen, uns in ‚Sozialdemokraten‘ und ‚Sozialisten‘ auseinanderdividieren zu lassen. Von undemokratischen Systemen abgesehen.“*

16 U.a. Christian Fenner: Zur Einführung in die Theorie des demokratischen Sozialismus Frankfurt/Main 1977; Gesine Schwan: Demokratischer Sozialismus für Industriegesellschaften Köln 1979; Richard Löwenthal: Demokratischer Sozialismus für Industriegesellschaften 1979; Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus. Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft München 1980.

der Begriff des demokratischen Sozialismus darf nicht Eiferern ausgeliefert werden, die glauben, es könne nur ein Rezept für eine ‚gute‘ oder, wie man meint, ‚gerechte‘ Gesellschaftsordnung geben. Demokratischer Sozialismus ist für uns kein Schema für die gesellschaftliche Ordnung, kein dogmatisch festgelegter Katalog von Maßnahmen. Demokratischer Sozialismus ist nicht mit Endziel, sondern ist als ständige Aufgabe zu verstehen. Er lässt sich nicht in Patentrezepten einfangen.“ Als erster Schritt der neuen programmatischen Orientierung der SPD wurde auf dem Mannheimer Parteitag 1975 der „Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985“ beschlossen, dessen Einleitung die Ziele des Demokratischen Sozialismus herausstellte. 1989 löste das Berliner Programm das Godesberger Programm ab, dort wurde der Marxismus als eine Wurzel des Demokratischen Sozialismus wieder genannt. *„Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung“.*¹⁷

Demokratischer Sozialismus in anderen Spielarten

In den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verlor die Sozialdemokratie das Monopol auf den Begriff des Demokratischen Sozialismus.

Im Gefolge der Studentenbewegung diskutierten linke Theoretiker den Begriff, die Reformkommunisten der CSSR unter Alexander Dubcek und die Vorstellungen der Eurokommunisten wurden in der Bundesrepublik als Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus (im Gegensatz zum undemokratischen Sozialismus der realsozialistischen Länder) subsumiert.

Als am 3. März 1977 die drei Parteiführer Enrico Berlinguer (PCI), Georges Marchais (PCF) und Santiago Carrillo (PCE) vor die Presse traten (und damit den Eurokommunismus aus der Taufe hoben), sprachen sie in ihrer kurzen Erklärung davon, dass es Ziel ihrer Parteien sei, *„den Sozialismus in Demokratie und Freiheit zu errichten“*.

Santiago Carillo sprach in seinem Buch „Eurokommunismus und Staat“ von einer Demokratisierung des Staatsapparates und einem demokratischen Weg zum Sozialismus. In Italien propagierte die PCI den „Historischen Kompromiss“ mit den Christdemokraten und sprach nicht mehr von einer Linksalternative, sondern von einer Demokratischen Alternative für Italien.

17 Grundsatzprogramm der SPD 1989

Das Abflauen der gesellschaftlichen Linkswende Ende der Siebziger Jahre führte auch zu zahlreichen Diskussionen innerhalb der Linken, wofür z.B. die Sozialistischen Konferenzen Anfang der Achtziger Jahre ein Indiz waren. Linke Intellektuelle wie Ossip K. Flechtheim, Oskar Negt und Nicos Poulantzas diskutierten Sozialismusmodelle, die die Impulse von Frauen- und Ökologiebewegungen aufnahmen, mehr basisdemokratisch und antietatistisch ausgerichtet waren.

Der Nato-Doppelbeschluss führte zu Krisenerscheinungen in der SPD. 1982 gründete sich mit den „Demokratischen Sozialisten“ eine Partei, die als Abspaltung von der SPD entstanden war, aber auch zahlreiche andere Linke vereinte. Der Demokratische Sozialismus dieser neuen Formation unterschied sich allerdings von der SPD. So kam es zur Bündniskandidatur der Friedensliste, in der auch zahlreiche DKP-Mitglieder mitwirkten. Die Gallionsfiguren der DS, Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen, verließen die junge Partei früh, 1991 löste sich die neue Formation auf.¹⁸

Nach dem Epochenbruch 1989 – Ehemalige kommunistische Parteien eignen sich den Begriff an, Distanzierungsprozesse bei der Sozialdemokratie

Die Jahre 1989 und 1990 stellten eine schwere Zäsur dar, sie beendeten das *Kurze Zwanzigste Jahrhundert*¹⁹. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endeten auch die Sozialismusversuche in den meisten Ländern ihres Einflussbereiches, wenn man einmal von Vietnam und Kuba absieht. Die ehemals herrschenden kommunistischen Parteien wurden zu Oppositionsparteien. Einige halten noch heute am Theoriekonstrukt des Marxismus-Leninismus fest, andere, wie die ungarische USAP, sozialdemokratisierten sich und wurden Mitglied der Sozialistischen Internationale. In Deutschland wandelte sich die SED in die Partei des Demokratischen Sozialismus.

Die kommunistischen Parteien außerhalb des realen Sozialismus gerieten in schwere Krisen, in Dänemark, Großbritannien und anderen Ländern lösten sie sich auf eigenen Beschluss auf, in Schweden heißt die starke Linkspartei-Kommunisten nur noch Vensterpartiet (Linkspartei). Auch in einigen dieser Parteien gibt es eine Hinwendung zum Demokratischen Sozialismus.

18 Vorher waren Vereinigungsbestrebungen mit der trotzkistischen VSP gescheitert.

19 Der Begriff wurde von dem britischen Historiker Eric Hobsbawm geprägt. Das *Kurze Zwanzigste Jahrhundert* datiert Hobsbawm von der Oktoberrevolution 1917 bis zum Ende der Sowjetunion 1990.

Die ehemals stärkste kommunistische Partei des Westens, die italienische PCI, ging sogar noch weiter: sie mutierte erst zur sozialdemokratischen PDS und dann zu den Linksdemokraten (DS), einer Partei die irgendwo zwischen Sozialdemokratie und den amerikanischen Demokraten steht. Seit wenigen Tagen gibt es auch diese Formation nicht mehr. Mit der linkskatholischen Partei Margherita vereinigte sie sich zur Partito Democratico.

Demokratischer Sozialismus ist bei den ehemaligen kommunistischen Parteien vor allem Selbstkritik, Kritik an stalinistischen Tendenzen in Organisationsform und Theorie ihrer Organisation. Es ist klar, was nicht mehr gewollt wird, was natürlich nicht bedeutet, dass der Begriff nun mit neuem Inhalt gefüllt wird.

Länder des ehemaligen Realsozialismus

1989 standen die herrschenden Parteien des realsozialistischen Lagers vor einem Scherbenhaufen. Kritische Geister in ihren Reihen suchten nach einem Weg, die sozialistische Idee von ihren stalinistischen Deformationen zu trennen. Sie wählten den Begriff des Demokratischen Sozialismus als Abgrenzung zu der bisherigen Praxis oder zum Stalinismus. Aber nicht nur kritische Geister, bzw. Sozialistinnen und Sozialisten, wählten diesen Begriff, sondern auch politische Kräfte, die schlichtweg an der Macht bleiben wollten. So forderte auch Boris Jelzin die Umbenennung der KPDSU in eine Partei des Demokratischen Sozialismus.

Diese Prozesse vollzogen sich auch in der DDR, deren herrschende Partei SED sich zuerst in SED/PDS und dann nur noch in PDS umbenannte. Im Laufe dieses kaum einjährigen Prozesses verlor sie mehr als 90 Prozent ihrer ehemals 2.260.979 Mitglieder (Mai 1989), wobei dieser Prozess in der Regel nichts mit der Namensgebung zu hatte.

Eine Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 versuchte den Begriff Demokratischer Sozialismus näher zu bestimmen. Spürbar aufgewühlt von den gesellschaftlichen Umbrüchen versuchten die TeilnehmerInnen den Begriff zu fassen, der ihnen den Parteinamen gab. Andre Brie verband dort in einem Einleitungsreferat radikale Selbstkritik mit der Aufforderung zu Kapitalismuskritik und sozialistischer Politik: *„Sozialistische Politik kann und muß das Ringen um die umfassende und radikale Demokratisierung der Gesellschaft sein. Demokratie in ihren modernen Formen und Inhalten ist nicht nur ein entscheidendes Instrument zur Gestaltung von Sozialismus – sie ist Sozialismus. Besondere Bedeutung müssen dabei der Ergänzung und Weiterentwicklung parlamentarischer Demokratie durch die Realisierung basisdemokratischer Möglichkeiten sowie einer effektiven Wirtschaftsdemokratie – insbesondere*

der Überwindung einer monopolistischen Verfügungsgewalt über das Eigentum an entscheidenden Produktionsmitteln – zukommen.“²⁰ Die Konferenz, die keinen wissenschaftlichen Anspruch hatte, bestand zu großen Teilen naturgemäß aus Aufarbeitung der Vergangenheit, spürbar ist auch die Tendenz, sich mit Fragen der Ökologie, des Konsumismus und der Globalisierung zu beschäftigen. Auch Fragen der Modernisierung spielen eine Rolle, vor allem bei Michael Brie, der die DDR im Grunde als vormodern bezeichnet („zwanghafte, halbierte Modernisierung“). Er propagierte einen Weg in eine postindustrielle, postkonsumistische Gesellschaft und fordert: „Machen wir uns auf den Weg in ein Bündnis aller antikapitalistischen, promodernen und postindustriellen Bewegungen.“

Die folgende Programmdiskussion mündete in einem ersten Partei-Programm im Jahr 1993. In ihm wurde der (Demokratische) Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem bezeichnet. In einer fast textidentischen Formulierung²¹ heißt es im Chemnitzer Parteiprogramm aus dem Jahr 2003:

„Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln.“

Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.“

Die sozialistische Idee ist durch ihren Missbrauch als Rechtfertigung von Diktatur und Unterdrückung beschädigt worden. Die Erfahrungen der DDR einschließlich der Einsicht in die Ursachen ihres Zusammenbruchs verpflichten uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken.“

Im Jahr 1993 waren diese Formulierungen noch unter dem 3. Punkt „Sozialistische Erneuerung“ formuliert worden, 2003 stehen sie der Präambel: Sozialismus – Ziel, Weg und Werte voran. In Punkt 2 der Präambel „Unser Weg: Demokratisierung der Gesellschaft“ wird er etwas näher ausgeführt, wobei vor allem auf Demokratisierung der Gesellschaft und Eigentum abgehoben wird: „Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private und andere –, die die

20 Demokratischer Sozialismus. Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, Seite 20

21 Kleine Veränderungen sind u.a.: Soziale Gerechtigkeit wird in Chemnitz zu Gerechtigkeit, menschliche Emanzipation zu Emanzipation

natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, müssen gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, müssen zurückgedrängt und überwunden werden.“ Die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum und Finanzfonds müsste schrittweise sozialen Kriterien unterworfen werden. Langfristig solle die Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen abgeschwächt, schließlich überwunden und die ihr zu Grunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse verändert werden.

Demokratischer Sozialismus und Sozialdemokratie nach 1989

Die Umbenennung der SED in Partei des Demokratischen Sozialismus stieß bei einigen Sozialdemokraten auf heftigen Protest. So bei Wolfgang Thierse, der in der Frankfurter Rundschau vom 19. August 2003 der PDS vorwirft, sie habe diesen Begriff „dreist geklaut“. Horst Heimann relativiert in der spw diesen Vorwurf: „Allerdings muss man den Vorwurf an die PDS etwas präzisieren. Die PDS hat ein unbewohntes, vom Eigentümer SPD ungenutztes und auch nicht beanspruchtes Grundstück mit wertvoller Bausubstanz schlicht ‚besetzt‘. Dieses nicht genutzte Eigentum der SPD ist zwar so wertvoll, dass es die UNESCO zum ‚Welt-Sozialerbe‘ erklären könnte. Aber in den letzten Jahrzehnten wurde dieser wertvolle ‚Besitz‘ völlig vernachlässigt, nicht mehr gehegt, gepflegt oder renoviert, sondern dem schleichenden Verfall überlassen. Und alle Generationen und Zweige der Eigentümer-Großfamilie hat es gleichgültig gelassen, wie das wertvolle Erbe zunehmend verrottete. Weder ‚Rechte‘ noch ‚Linke‘, ‚Modernisierer‘ noch ‚Traditionalisten‘ waren bereit oder in der Lage, auch nur eine kleine geistige Anstrengung zu investieren, um ihr Erbe vor Wertminderung oder Verfall zu bewahren. Und die PDS hat die leerstehenden Gebäude auch nur ‚besetzt‘, keineswegs ‚instandbesetzt‘, wie das sonst Hausbesetzer zu tun pflegten.“²²

Heimann macht mit dieser Formulierung darauf aufmerksam, dass es nach 1989 und im Zuge der neoliberalen Wende der SPD starke Tendenzen gab, den Begriff zu entsorgen. Hans-Jochen Vogel meinte, das Berliner Programm sei in dieser Zeit zu einem Geheimpapier geworden. Die Sozialistische Partei Österreichs hatte sich in den Nachwendezzeiten in Sozialdemokratische Partei Österreichs umbenannt.

22 Horst Heimann (Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V.): Die Linke muss die Welt auch interpretieren. In: spw 4.11.2003

Nach der Jahrtausendwende meldeten sich verstärkt Befürworter des Begriffs in der Partei zu Wort, u.a. in einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg“ im Jahr 2000. Im nun vorliegenden Bremer Entwurf für ein Grundsatzprogramm wird formuliert, dass sich die SPD „zu der unsere Geschichte prägenden Idee des demokratischen Sozialismus“ bekenne. Dieser sei kein Dogma und beschreibe keinen Endzustand, sondern sei als „Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft“ zu verstehen. Der prägende Begriff des Entwurfs ist allerdings „Soziale Demokratie“, der nach theoretischen Vorarbeiten des Chefs der SPD-Grundwertekommission Thomas Meyer etabliert wird. Es ist zu vermuten, dass der Begriff Demokratischer Sozialismus als Zugeständnis an die verbliebene Parteilinke und auf Grund der Befürchtung, dass viele Mitglieder ansonsten zur LINKEN gehen, im Programm verblieben ist.

Den Begriff mit Leben füllen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint Demokratischer Sozialismus wieder Konjunktur zu haben. So formulierten die Juso-Hochschulgruppen auf einem Kongress: *„Wir begrüßen, dass die Idee des Demokratischen Sozialismus weiterhin Prinzip des Handelns der SPD sein soll. Denn der Demokratische Sozialismus war nicht nur ein wichtiger Bestandteil unserer Parteigeschichte, sondern muss auch künftig unser Ziel bleiben. Für uns Sozialistinnen und Sozialisten gehört die Idee einer Gesellschaft, in der die Gleichheit und Freiheit der Menschen verwirklicht ist, nicht in die Mottenkiste, sondern ist zukunftsweisend. Wir wollen den Kapitalismus überwinden. Diese Idee muss Richtschnur für das eigene Handeln bleiben.“*²³

Wenn in diesem Textzitat nicht das Wort SPD stehen würde, könnte er auch auf einer Konferenz der Linkspartei.PDS verabschiedet worden sein.

So vehement die Forderung nach Demokratischem Sozialismus vertreten wird, so unklar ist sein Inhalt. Frühere Theoretiker weigerten sich, Aussagen über eine künftige Gesellschaft zu machen, so auch Friedrich Engels: *„Aber wir haben kein Endziel. Wir sind Evolutionisten, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefaßte Meinungen in Bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft im einzelnen? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden.“*²⁴

Wir denken, dass wir uns heute nicht auf diesen Standpunkt stellen können. Es gab im 20. Jahrhundert

zahlreiche Versuche, Sozialismus in verschiedensten Ländern zu etablieren. Nicht nur in den realsozialistischen Ländern, es gab die Bezeichnung Schwedischer Sozialismus, einen Arabischen Sozialismus usw. Dies kann nicht ignoriert werden, denn vor allem die Erfahrungen der ehemals realsozialistischen Länder dürfen uns in vielen Punkten lehren, was wir nicht mehr wollen.

Die Veränderungen des Begriffs Demokratischer Sozialismus folgten politischen Notwendigkeiten und hatten eine politische Funktion. Dies war vor allem bei der SPD der Fall, die ihn als Abgrenzung von der linken Konkurrenz benutzte und wohl auch als Placebo für kapitalismuskritische Mitglieder. Aber auch die ehemals kommunistischen Parteien, die sich den Begriff zu eigen machten, wollen damit vor allem belegen, dass sie fähig sind, aus der Geschichte zu lernen. Der Begriff Demokratischer Sozialismus, der einigen WASG-Mitgliedern (nicht den Autoren) noch sehr fremd ist, eignet sich gut für die politische Auseinandersetzung, wie wir auch momentan im Kosmos der neuen Linken beobachten können. Wobei wir allerdings oftmals den Eindruck haben, dass hier Monstranzen vorangetragen und theologische Gefechte ausgetragen werden.

Heute müssen wir schon etwas genauer werden. Vor allem, wenn es zwei Parteien der Bundesrepublik Deutschland geben sollte, die den Demokratischen Sozialismus im Programm haben. Was soll Demokratischer Sozialismus sein? DDR minus Stasi plus mehr Demokratie und Markt? Keynesianismus plus Wirtschaftsdemokratie? Graswurzelsozialismus mit Grundeinkommen für alle? Machen wir uns daran zu definieren, was wir unter Demokratischem Sozialismus verstehen, dann können wir ihn mit größerer Berechtigung in das Programm der neuen LINKEN aufnehmen.

Heinz Hillebrand – Landesvorstandsmitglied DIE LINKE. in NRW

Dr. Axel Troost – Jg. 1954; 2004 Mitbegründer der „Wahlalternative“ und bis 15. Juni 2007 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“; seit 2006 Mitglied des Deutschen Bundestages; Mitglied des erweiterten Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE.; ehrenamtlicher Geschäftsführer der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandumgruppe).

23 Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert. Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen vom 26.-28. Januar 2007 in Stuttgart, S. 1.

24 Friedrich Engels in einem Interview von Le Figaro am 8. Mai 1893. In: MEW, Bd. 22, Berlin/DDR 1963, S. 542.